Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 116. Mittag-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. **Montag, den 10. März 1862.**

Telegraphische Depeschen.

Dresden, 8. März. Nach dem so eben erschienenen „Dresdn. Journal" lautet der heute von Oesterreich und Preußen in der Bundestagssitzung eingebrachte Antrag bezüglich der kurhessischen Verfassungs-Angelegenheit:

„Die kais. österreichische und die k. preuß. Regierung — in der Erwägung: daß die hohe Bundesversammlung sich ihre schließliche Erklärung über die Erledigung der Verfassungsangelegenheit des Kurfürstenthums Hessen vorbehalten hat, — daß auf die Grundlage der Verfassungsurkunden vom 13. April 1852 und vom 30. Mai 1860 ein Einverständniß zwischen der kurfürstlichen Regierung und dem Lande Kurhessens nicht hat erzielt werden können, — daß der Bundesbeschluß vom 27. März 1852, wenn gleich er die bundeswidrigen Bestimmungen der früheren Verfassungsgesetze nicht im Einzelnen bezeichnet hat, grundsätzlich doch nur eine Revision dieser Gesetze nach bundesrechtlichen Gesichtspunkten bezweckte, — daß die endliche Herstellung eines gesicherten und allseitig anerkannten Rechtszustandes in Kurhessen im dringenden Interesse des Landes wie des gesammten Deutschlands liegt, —

tragen darauf an, die hohe Bundesversammlung möge die kurfürstliche Regierung auffordern:

„unter Berücksichtigung der bundesrechtlich verbürgten Standschaftsrechte der Mediatisirten und der Reichsritterschaft geeignete Einleitung zu treffen, damit die im Jahre 1852 außer Wirksamkeit gesetzte Verfassung vom 5. Jan. 1831, vorbehaltlich derjenigen zunächst auf verfassungsmäßigem Wege zu vereinbarenden Abänderungen, welche zur Herstellung der Uebereinstimmung mit den Bundesgesetzen erforderlich sind, wieder in Wirksamkeit trete."

London, 9. März. Mit dem letzten Dampfer eingetroffene Berichte melden aus Vera Cruz vom 9. v. Mts., daß in der Armee der Alliirten, besonders bei den Spaniern Krankheiten herrschen. Die Armeen der Verbündeten hatten noch keine vorschreitende Bewegung gemacht und man glaubt, daß sie erst am 20. avanciren würden. General Prim war gegen die Bewohner von Vera Cruz mit Härte verfahren, indem er ihnen zwangsweise Steuern aufgelegt hatte.

In Honduras war eine Revolution ausgebrochen; das erste Opfer war der Präsident, der ermordet worden ist.

Turin, 8. März. In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer nahm Cordova, von dem die „Opinione" gesagt, daß er seine Demission eingereicht habe, seinen Sitz auf der Ministerbank ein. — Ratazzi sagte unter Anderem: Unsere politischen Antecedentien sind Bürge für unsere Haltung. Ich will die Schwierigkeit der Lage und die Verantwortlichkeit dafür nicht verbergen. Unser Ziel ist, die bisher getheilten Provinzen zu organisiren und zu einigen, so wie diejenigen italienischen Provinzen, welche noch nicht einen Theil des Königreichs bilden, zu befreien. In den auswärtigen Beziehungen werden wir Uebereinstimmung mit den andern Nationen suchen. Eine Politik der Isolirung ist unmöglich. Wir werden uns bemühen, an jeder Begebenheit, welche einen Einfluß auf die Geschicke Italiens ausüben kann, theilzunehmen. In Bezug auf Frankreich werden wir nie vergessen, daß wir demselben großentheils unser Wiedererstehen verdanken, eben so wenig werden wir England, das uns immer befreundet gewesen, vergessen. In den Beziehungen zu den Mächten werden wir unsere Würde und Unabhängigkeit wahren.

Indem wir die Freundschaft anderer Nationen wünschen, werden wir dieselbe durch kluges Verhalten erlangen. Wir werden beweisen, daß wir den Weltfrieden nicht stören wollen. In der römischen Frage werden wir moralische und diplomatische Mittel anwenden; seit zwei Jahren hat dieselbe besonders in Frankreich bedeutende Fortschritte gemacht.

In Bezug auf das Innere fordert Ratazzi den loyalen Beistand jeder Capacität, verspricht die Ausführung des National-Bewaffnungs-Gesetzes, Ersparungen in allen Zweigen der Verwaltung, ungeachtet der Bewaffnung, und schließt, indem er an die Versöhnlichkeit appellirt.

Lonza forderte Erklärungen über die Ministerkrisis, deren Grund außerhalb der Parlamentsthätigkeit zu suchen sei. Ricasoli erwiderte: Trotz der günstigen Abstimmungen in den Kammern haben doch gewisse Spaltungen bestanden. Das Ministerium war nicht sicher, das Vertrauen der Kammer und die davon abhängende moralische Autorität zu besitzen, und da dasselbe diese zweideutige Situation vermeiden wollte, habe es seine Entlassung genommen. Ungeachtet des Wunsches des Königs, die Abstimmung des Parlaments abzuwarten, habe das Ministerium dennoch darauf bestanden. Ratazzi lobt die Loyalität in den Erklärungen Ricasoli's.

Turin, 8. März. Das „Movimento" dementirt die erneuet verbreiteten Gerüchte von im Namen Garibaldi's veranstalteten Werbungen; der General habe nur Ausbreitung der Nationalschießen empfohlen.

Die Ministerkrisis.

Die berliner Blätter sprechen sich heute sämmtlich über die Annahme des Hagen'schen Antrages und die daran geknüpfte Ministerkrisis aus. Die „Sternztg." setzt auseinander, daß eine prinzipielle Differenz zwischen dem Ministerium und dem Hause nicht vorhanden gewesen; die Majorität aber habe „das freundliche Entgegenkommen des Ministeriums mit der unfreundlichsten Rücksichtslosigkeit erwiedert." Sie fährt dann fort:

„War die Tragweite eines solchen Verfahrens den Freunden des Hagen'schen Antrages verborgen? Wer den Rednern der Majoritat mit Aufmerksamkeit gefolgt ist, kann über die Entscheidung dieser Frage im Allgemeinen nicht zweifelhaft sein. Man hob es mit scharfem Tadel hervor, daß frühere Landesvertretungen die an sie herantretenden Fragen, statt sie zu lösen, vertagt hätten. Man sah den Conflict voraus; aber man verurtheilte es als eine Schwäche, nach den Annäherungsversuchen der Regierung sich zu entsprechenden versöhnlichen Schritten herbeizulassen. Aus diesem Verfahren konnte das Ministerium für sich selbst nur den Schluß ziehen, den es gezogen hat. Es mußte sich gestehen, daß ihm bei der Mehrheit des Abgeordnetenhauses die Bedingungen des Vertrauens und der Bereitwilligkeit zur gegenseitigen Verständigung fehlen, ohne welche ein fruchtbares Zusammenwirken für die obersten Faktoren des Staatslebens unmöglich ist. Es konnte nach jener ernsten Erfahrung sich die Thatsache nicht länger verhehlen, daß es seinerseits außer Stande sei, auf dem Wege der Verständigung mit der gegenwärtigen Landesvertretung die bedeutsamen und mannichfachen Aufgaben zu lösen, welche unserer Legislaturperiode vorbehalten sind. Der Einsicht in diese unabweisliche Thatsache haben die Minister ihrer Pflicht gemäß in ihrer Gesammtheit Folge gegeben. Ihr Entlassungsgesuch liegt Sr. Maj. dem Könige vor." Leichtsinnig und perfid spricht sich die „Berl. Allg. Ztg." im Folgenden aus: „Viele Mitglieder der Fortschrittspartei sowohl als der andern Schattirungen, welche für den Hagen'schen Antrag gestimmt, haben übrigens weder die Natur noch die Tragweite desselben irgend verstanden oder bei ihrer Abstimmung auch nur geahnt. (Das ist natürlich, da sie nicht alle so gescheidt sind, wie Herr Julian Schmidt). Von dem Zauber des Wortes „Fortschritt" verleitet, haben sie wie jener Bauer bei Danzig „mit den Mehrsten" gestimmt, und ihr Votum hat ihnen hinterher herzlich leid gethan. Der ganze Vorgang hat eben gezeigt, daß die politische Intelligenz des Abgeordnetenhauses in seiner jetzigen Zusammensetzung vielfach noch der Schule entbehrt, und daß man sich von sanguinischen Hoffnungen über das Ziel hinaus geführt, die praktische Lage der Dinge nicht gehörig vergegenwärtigte. Daß es gerade die Fortschrittspartei war, welche ihre ersten Angriffe gegen die ihr noch am meisten zusagenden Mitglieder des Ministeriums richtete, daß sie es ist, welche das Gesammt-Ministerium zur Einreichung seiner Entlassung bestimmt hat, und daß sie dies unter den gegenwärtigen Zeitumständen gethan hat, — ist die glänzendste Genugthuung, welche sie den liberalen Abgeordneten der vorigen Sitzungsperiode für den unbegründeten Vorwurf der Schwäche geben konnte." — Die „Kreuzztg." warnt vor einer Auflösung, sie müßte es als einen entschiedenen, durchaus nicht unbedenklichen Fehlgriff bezeichnen, wollte man die Entwirrung der Situation mit einer Auflösung des Abgeordneten-Hauses auf Grund der Annahme des Hagenschen Antrages beginnen. Nicht allein, daß dieser Grund in der Masse des Volkes um so weniger verständlich sein dürfte, als er von dem Herrn Finanz-Minister selbst — der einmal das Prinzip anerkannte und doch die Annahme als mit der Regierung unverträglich und als einen Eingriff in die Executive bezeichnete — durchaus widerspruchsvoll behandelt ist; es kann auch kaum einem Zweifel unterliegen, daß, wenn das zeitige Abgeordneten-Haus ohne Weiteres aufgelöst und seine treibenden Elemente in das Land geworfen würden, wir ein besseres Resultat schwerlich zu gewärtigen hätten. — Die „Nat.-Ztg." geht auf den eigentlichen Inhalt des Antrags näher ein, indem sie schreibt: „Unter den sehr vielen Mängeln, die unserer Budgetbewilligung bis jetzt anhaften, griff nun der neuliche Antrag des Abgeordneten Hagen einen einzigen heraus. Was will das Budget besagen, wenn den Ministern ungeheure Summen in Bausch und Bogen übergeben werden, um damit in ihrem Verwaltungsgebiet zu wirthschaften? Die Volksvertretung hat hier einen blos scheinbaren Antheil an der Festsetzung der einzelnen Ausgaben, denn wenn sie die einzelnen auch formell verfügt, so sind die Minister hieran doch nur so viel als ihr guter Wille recht gebunden, und es giebt kein Mittel, sie zur Verantwortung zu ziehen, wenn sie sich durch willkürliche Ersparungen die Mittel zu willkürlichen Ausgaben schaffen. Der Werth der Budgetbewilligung liegt für das Land doch aber nicht darin, daß die einzelnen Minister ein Stück Geld von bestimmter Größe bekommen, sondern darin, daß die von der Landesvertretung als nothwendig bezeichneten Ausgaben gemacht werden, und neben ihnen keine anderen. Findet die Verwendung hingegen nicht nach der näheren Bestimmung der Abgeordneten, d. h. nicht für die nothwendigen Zwecke des Landes statt, so werden sehr bald neue Mittel für eben diese Zwecke unumgänglich zu bewilligen sein, und es wird so die Höhe jener den Ministern bewilligten Summe überschritten werden; das falsche Prinzip einer Bewilligung in Bausch und Bogen wird sich auch unter diesem Gesichtspunkt zeigen."

„Und nun sei es auch schwer, ja unmöglich, sämmtliche Staatsausgaben im Voraus festzusetzen und von der Festsetzung nicht abzuweichen, so muß es doch eine Mitte geben zwischen Bewilligung in Bausch und Bogen und allzuweit getriebener Specialisirung. Der Hagen'sche Antrag machte einen Versuch, er war ein Anfang, um diese rechte Mitte vorläufig zu bezeichnen. Das Wesentlichste an ihm war, daß er einen bloßen Grundsatz hinstellte. Die Minister konnten selbst immerhin der Meinung sein, daß es in einzelnen Fällen nicht praktisch, nicht angemessen sein würde, bei der Specialisirung die Rechnungen von 1859 zum Anhalt zu nehmen, so brauchten sie sich doch darum nicht gegen den Antrag zu erklären. Denn dieser, wohlgemerkt! stellte blos eine allgemeine Regel für das Verfahren des Hauses auf, während für jeden einzelnen Etatstitel, der zur Berathung kommen wird, die Vereinbarung zwischen der Regierung und dem Hause vorbehalten bleibt. Vereinbarung allerdings in dem Sinne, der hier, wo von dem Recht der Budgetbewilligung die Rede ist, zutrifft, nämlich in dem Sinne, daß die Regierung dem Rechte des Verfassungstaats zufolge nur die Ausgaben machen darf, welche die Landesvertretung in gesetzlicher Weise bewilligt hat. Und das Vereinbarungsprinzip werden die Minister doch jedenfalls gelten lassen müssen, denn, wenn sie es nicht wollten, wohin geriethen sie? Sie können es doch wahrlich nicht ablehnen, sich mit den Abgeordneten über eine gewisse Zerlegung des Budgets zu vereinbaren, oder würden sie damit nicht das ganze Recht der Budgetprüfung von Grund aus verwerfen? Ein Minister, der da sagt, auf Theilung seines Budgets in eine Anzahl Titel könne er sich gar nicht einlassen, er müsse sein Geld kurz und gut auf Discretion bekommen, ein solcher erkennt überhaupt kein Recht der parlamentarischen Mitwirkung, Controle, Bewilligung oder wie man es sonst nennen will, an, er darf sicherlich kein constitutioneller Minister heißen."

Und am Schluß: „Die Abgeordneten haben gerade darin Recht gethan, daß sie darauf bestanden, *sofort* müsse das Gute zur Ausführung kommen. Sie haben an zwei Dinge gedacht, und wir wünschen ihnen Glück dazu. Erstens sind sie vom Lande gewählt worden, um vor allen Dingen in Budgetsachen die Augen offen zu halten. Zweitens sind sie gewählt, nicht um die alte Weise des furchtsamen Vertagens und Ausweichens fortzusetzen, sondern um von jetzt an fest auf dem Platze zu stehen und um für die Gegenwart zu sorgen. Im Sinne der Wähler haben sie daher gewiß gehandelt und mit ihrer bescheidenen Forderung muß man, so weit das Recht der Budgetbewilligung geschätzt wird, im In- und Auslande einverstanden sein. In solcher Stellunn können sie keine Niederlage erleiden, und wenn man von Conflicten spricht, so können sie getrost das Ende erwarten."

Preußen.

Berlin, 8. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Ober-Berg-Rath Althans zu Sayn bei seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienste den Charakter als Geheimer Berg-Rath zu verleihen.

Der Rechtsanwalt und Notar Glogau zu Pr.-Stargardt ist unter Beilegung des Notariats im Departement des Appellationsgerichts zu Frankfurt als Rechtsanwalt an das Kreisgericht in Landsberg a. W. mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst versetzt worden. (St.-A.)

[Militär-Wochenblatt.] v. Wedelstädt, Pr.-Lt. vom 1. Westpreuß. Gren.-Regt. Nr. 6, unter Beförderung zum Hauptm. u. Comp.-Chef, in das 6. Westf. Inf.-Regt. Nr. 55 versetzt. v. Plötz, Pr.-Lt. vom Garde-Schützen-Bat., in das 1. Westpreuß. Gren.-Regt. Nr. 6 versetzt. v. Hartung, Sec.-Lieut. vom 5. Pomm. Inf.-Regt. Nr. 42, in das 2. Pos. Inf.-Regt. Nr. 19 versetzt. v. Brandenstein, Pr.-Lt. vom 3. Garde-Gren.-Regt. Königin Elisabet, unter Beförderung zum Hauptm. u. Comp.-Chef, in das Kaiser Alexander Garde-Gren.-Regt. Nr. 1 versetzt. Dr. Berger, Assistenzarzt vom 3. Oberschl. Inf.-Regt. Nr. 62, zum 2. Schles. Hus.-Regt. Nr. 6 versetzt. Dr. Cohn, Assistenzarzt von der Niederschles. Art.-Brig. Nr. 5, zum 3. Pos. Inf.-Regt. Nr. 58 versetzt.

Pl. **Berlin,** 9. März. [Die Ministerkrisis und ihr Eindruck.] Wir sind am Anfang vom Ende der neuen Aera. Der Telegraph hat Ihnen gestern bereits das Vorhandensein einer Ministerkrisis gemeldet. Heute läßt sich diese Mittheilung nur dahin erweitern, daß der König sich die Entscheidung über Annahme oder über Ablehnung der eingebenen Demission der Minister vorbehalten. Der Ministerrath währte bis gegen 4 Uhr, der König, der seit einigen Wochen in wahrhaft rastloser Weise arbeitete, erschien eine Stunde später im wissenschaftlichen Verein zur Anhörung des Vortrages des Professor Gneist über das englische Oberhaus und Abends im Opernhause, wo die Ristori auftrat. In der Stadt herrscht, wie Sie leicht denken können, gewaltige Aufregung, massenhafte Gerüchte erfüllen die Luft, sie drückten bereits auf die Börse und machen die Executive wachsam. Nichts destoweniger kann ich Ihnen versichern, daß die Schwingungen der politischen Situation ohne jeden Einfluß auf das Volk bleiben, daß man auf eine würdige, gemessene Haltung desselben rechnen darf und daß die jedenfalls nicht unterbleibenden Versuche von gewisser Seite zur Herbeiführung eines kleinen Putsches vergebene Mühe sein dürften. Die nächste Frage ist natürlich: „Kammerauflösung oder nicht?" Auch darüber ist bis zu dem Augenblick, in welchem ich Ihnen schreibe, kein Entschluß irgend einer Art gefaßt, so viel aber steht fest, daß eine Sitzung des Abgeordnetenhauses nicht eher anberaumt werden wird, als bis die Regierung zu einem Entschlusse gekommen. Geht das Ministerium, so wird bis zur Neubildung des folgenden wohl die Kammer beisammen bleiben und die Auflösung die erste That des neuen Cabinets bilden. Für eine schnelle Entwickelung dieser neuen Phasen dürften folgende Gesichtspunkte maßgebend sein, deren Erörterung, wie man hört, auch den Ministerrath beschäftigt haben. Nach der Verfassung müssen die Kammern drei Monate nach ihrer Auflösung wieder zusammentreten; erfolgt die Auflösung jetzt, so fällt der Zeitpunkt des Beginnes der neuen Kammern in den Juni, hierin liegt dann die Möglichkeit der Bewilligung einer Forterhebung des Zuschlages von 25 % zu den directen Steuern, welche letztere nur bis zum 1. Juli d. J. bewilligt ist, tritt die Auflösung dagegen erst durch die Militärgesetze im April ein, so ist ohne Frage die Nothwendigkeit geboten, eine Zeit lang unter Ausfall des Steuerzuschlages zu wirthschaften. — Mit großem Unrecht sucht man den Hagenschen Anträgen und der Fortschrittspartei überhaupt die Schuld an der Entwickelung der Krisis aufzubürden, man tadelt die Fortschrittspartei, daß sie einem liberalen Minister Verlegenheiten bereitet; nun Herr v. Patow selbst wird wohl am besten wissen, daß ihm und seinem Ressort die Anträge nicht gegolten, sondern lediglich dem Kriegs- und dem Handelsminister, aus welchen Gründen und ob mit Recht oder Unrecht, darüber — hat das Land bereits entschieden. Ist ein Bruch mit der bisherigen Halbheit und Unentschiedenheit die Folge dieser Bewegungen, läßt die Regierung gleichzeitig sich die Reform des Herrenhauses und eine entschiedene Politik nach außen angelegen sein, so hätte Jeder, und gehöre er welcher Partei er wolle an, der sich das Verdienst dieses Umschwunges vindiziren kann — den größten Anspruch auf den Dank des Vaterlandes. — Man will ziemlich bestimmt wissen, daß der Herzog v. Ujest, Fürst zu Hohenlohe-Oehringen, dem Fürsten von Hohenzollern als Minister-Präsident succediren soll.

** **Berlin,** 9. März. [Die Einigung zwischen Preußen und Oesterreich. — Die Flottenbeiträge des National-Vereins.] Offiziöse Correspondenzen von hier bestätigen in allen Punkten, was wir bereits gestern über die Verständigung Preußens und Oesterreichs in der kurhessischen Sache mittheilten. Wenn daher die „Sternzeitung" heute nochmals gegen die Gerüchte protestirt, als sei eine „Wendung in der auswärtigen Politik der Regierung" eingetreten, so ist dies natürlich nur so zu verstehen, daß Oesterreich auf den preußischen Standpunkt herübergezogen sein soll. Ob nun eine solche Wendung Oesterreichs, wenn sie wirklich stattgefunden, die preußische Politik gar nicht weiter affiziren und in Gegenleistungen verwickeln wird, das wird sich sehr bald erweisen. — Die „B. B.-Z." schreibt: Der Auftrag des Geschäftsführers des Nat.-Vereins an das hiesige Bankhaus Platho u. Wolff, dem Kriegsministerium für Rechnung des Vereins 30,000 Thlr. Flottenbeiträge zu zahlen, ist, wie wir versichern können, in letzter Stunde auf telegraphischem Wege zurückgenommen. Es soll, wie wir hören, von dem Ausschusse des Vereins eine Garantie (!) dafür verlangt werden, daß die Beiträge auch eine bestimmungsmäßige Verwendung finden. — Dagegen schreibt die „Nat.-Ztg.": Die Notiz, wonach aus dem bei der koburger Bank angelegten Flottenfonds des Nat.-Vereins, außer den bis Ende vorigen Jahres an das k. Marine-Ministerium eingezahlten 80,000 Thlr., bereits eine neuere Einzahlung erfolgt sei, erscheint weiterer, mit dem Flottenausweis der neuesten Nummer der „Wochenschrift des Nat.-Vereins" in Einklang stehender Mittheilung zufolge zur Zeit nicht gegründet.

Oesterreich.

Wien, 7. März. [Zur schleswigschen Frage.] In auswärtigen Blättern ist die Rede von Schritten der drei nichtdeutschen Großmächte als Mitunterzeichner des londoner Protokolles, welche auf eine Verwahrung gegen die österreichische Auffassung der schleswig'schen Frage hinausliefern. Wie die „W. C." vernehmen will, verhält sich die Sache wesentlich anders. Eine derartige Kundgebung scheint allerdings provocirt worden zu sein, aber von Schweden, welches sich gar als Schutzmacht — resp. als Erbe — gerirt. Das Resultat der Bemühungen des schwedischen Ministers des Auswärtigen bei den Höfen von London, Paris und St. Petersburg war aber nur, daß die dortigen Cabinette bei Oesterreich als Großmacht, nicht als deutscher Macht, sich über den hier eingenommenen Standpunkt zu informiren suchten. Oesterreichischerseits wurde den drei Mächten dargelegt, daß Dänemark zweimal — 1850 und 1852 — tractatenmäßig versprochen habe, Schleswig nicht zu incorporiren. Hieran halte man sich, und weitere Verlangen würden von hier aus nicht gestellt. Die Mächte konnten nicht umhin, die Berechtigung des österreichischen Standpunktes anzuerkennen.

Frankreich.

Paris, 5. März. [Aus dem Regen in die Traufe.] Der Kaiser hat durch einen raschen Entschluß der leidigen Palikao-Angelegenheit ein Ende gemacht. Ein Brief hatte diese Frage zur Höhe eines politischen Konfliktes erhoben, ein Brief führte sie wieder auf Nichts zurück. Dem gesetzgebenden Körper ist Satisfaktion zu Theil geworden, wie er sie selber kaum noch zu hoffen sich getraute und, um zu zeigen, daß es ihm nicht um schnöde materielle Rücksichten, sondern um seine Würde und Ehre zu thun war, wird er voraussichtlich im Drange seiner Begeisterung der Regierung noch mehr Geld bewilligen, als diese verlangt, um die Nationalbelohnung gleichsam in Permanenz zu erklären. Der „Moniteur" meldet heute bereits:

Der Staatsrath ist auf Befehl des Kaisers bereits mit der Prüfung des von Sr. Majestät in seinem Briefe an den Präsidenten des gesetzgebenden Körpers angekündigten Gesetzentwurfes in Thätigkeit. Nach den Bestimmungen des Gesetzentwurfes würde eine Jahresrente, deren Höhe noch nicht bestimmt ist, in's große Buch der öffentlichen Schuld eingeschrieben, welche dazu verwendet werden soll, durch Pensionen und Dotationen glänzende Thaten von Generalen, Offizieren und Soldaten der Land- und See-Heere und die exceptionellen Dienste, welche von denselben zu Kriegszeiten geleistet werden, zu belohnen. Der Kaiser würde durch Decrete diese Pensionen oder Dotationen aussetzen und die Bedingungen des Genusses, wie eintretenden Falles, den Heimfall derselben bestimmen. Diese Decrete sollen individuell sein und durch „Moniteur" und Gesetzbulletin bekannt gemacht werden.

Paris, 6. März. Die Andeutungen, welche der „Moniteur" heute über das neue Dotationsproject gebracht hat, sind keineswegs der Art, die Gegner des anfänglichen Entwurfes für das in verbesserter und vermehrter Auflage herausgegebene System der National-Belohnung zu gewinnen. Der gesetzgebende Körper hat die Satisfaction, damit aus dem Regen in die Traufe zu kommen, wenn es überhaupt dem Kaiser ernstlich darum zu thun ist, das neue Project durchzusetzen. Man bezweifelt dies jedoch vielfach und schmeichelt sich mit dem Gedanken, man habe damit nur eine Diversion beabsichtigt, auf der man nicht weiter bestehen werde, nachdem sie dem Kaiser zu einem ehrenvollen Rückzuge aus der diesmaligen Verlegenheit verholfen. Um dem gesetzgebenden Körper einen Beweis zu geben, daß ihm das Vertrauen und die Gnade des Kaisers ungeschmälert erhalten bleibt, soll, wie man wissen will, Herr v. Jouvenel, der Berichterstatter der Palikao-Commission, zum Senator ernannt werden. — In officiösen Kreisen giebt man sich das Ansehen, als habe die Regierung durch das kürzlich entdeckte Complot wichtige Entdeckungen gemacht. Es habe sich um eine Reorganisation der berühmten Marianne gehandelt und die Polizei habe eine Versammlung von etwa 60 Sections-Vorstehern dieser geheimen Gesellschaft mit einem Schlage aufgehoben. Es sollen durch den Telegraphen vielfache Verhaftungen in den Departements angeordnet worden sein. Im gesetzgebenden Körper soll der Redner der clericalen Partei, Herr Keller, beabsichtigen, die stattgefundenen Manifestationen und Arrestationen zur Sprache zu bringen.

Paris, 7. März. Im Palais Bourbon begann gestern die Adreß-Debatte unter Schneider's Vorsitze, da Morny unwohl war. Plichon eröffnete die allgemeine Discussion mit einem dicken Heft, das er verlas. Seine Abhandlung war zuerst gegen diejenigen Maßregeln, die er als Destruction der Amortisirung zusammenfaßte, sowie gegen mehrere Budgetposten gerichtet. Im Ganzen war dieser tüchtige Finanzkenner milder in seiner Kritik als im vorigen Jahre, doch betonte er mit Nachdruck, vor Allem sei danach zu trachten, daß die Hafen-, Wege- und Eisenbahnbauten im Lande vollendet und, um Geld zu gewinnen, die Armee reducirt werden müsse, da ein stehendes Heer von 400,000 Mann in Friedenszeiten ein Unsinn und Verderben sei, das durch Bildung einer Garde, durch kolossale Tractamente großer Befehlshaberschaften &c. noch wesentlich vergrößert werde; wer es mit dem Lande redlich meine, könne unmöglich neue Lasten bewilligen. Auch Königswarter zog mit einem starken Hefte auf. Dieser Redner, der in seinen Ausdrücken nicht immer glücklich ist, hatte sich die ganze italienische Frage als Ziel vorgesteckt; er kam von Camillo Cavour auf Giuseppe Garibaldi, von Franz II. auf Victor Emanuel, von Rom auf Frankreich zu reden, um zu zeigen, daß die Bourbonen aus Italien entfernt, die französische Besatzung von Rom zurückgezogen und Italien in Stand gesetzt werden müsse, durch Ausführung und Vollendung des Einheits- und Unabhängigkeitswerkes zu Ruhe und Behagen zu gelangen. Diesem Freunde Italiens folgte Kolb-Bernard, der gleichfalls eine Abhandlung las, in welcher die verkehrte Welt aufgeführt wurde. Kolb-Bernard behauptet und befürwortet immer das gerade Gegentheil von Königswarter, er will Restaurirung des Kirchenstaates, Verewigung der französischen Besatzung in Rom, damit die weltliche Gewalt des Papstthums auf alle Zeiten Schutz und Schirm habe, er will, daß Italien wieder in Trümmer gehe, und ein halbes Dutzend Farben trage, denn die Einheitsidee ist ihm eine mazzinistische Idee, und im besten Falle eine bloße philosophische Utopie; deßhalb muß Franz II. restaurirt, und der Papst wieder zum Herrscher in Umbrien und den Marken gemacht werden. Da die drei Redner des ersten Tages sämmtlich sehr papierfest, sehr breit und umsichtig waren, so ging Alles ruhig ab, wie in einem Hörsaale, wo ein Professor nach dem anderen seine fein ausgetiftelten Theorien verliest, und die Studenten von Zeit zu Zeit durch Beifallsbezeigungen oder Husten und Scharren beweisen, daß sie physisch nicht schlafen. Königswarter wurde einigemal von den Ultamontanen unterbrochen, und dafür Kolb-Bernard mit Beifallsgemurmel aufgemuntert.

Die Herren Jules Favre, Henon, Darimon, Ernest Picard und Emile Ollivier haben folgende Amendements zu dem Adreßentwurf eingebracht:

Zu § 1. Das öffentliche Vertrauen kann nur durch eine aufrichtige Rückkehr zu dem Regime der Freiheit wieder hergestellt werden. Die Presse muß aufhören, ein Monopol zu sein, das einer geheimen Censur unterworfen ist, welche die Kundgebungen der öffentlichen Meinung verfälscht. Das Geschworenengericht, die einzige competente Gerichtsbarkeit in politischen Sachen, soll über Preßvergehen entscheiden und sie öffentlich aburtheilen. Wahlen, die durch die Wähler und nicht durch die Präfecten vorgenommen sind, mit dem Versammlungsrecht und mit gleichen Chancen der Oeffentlichkeit und des Schutzes für die Wahlfreiheit Aller. Die Municipalgewalt soll von der Gemeinde und nicht von der Regierung ausgehen, so daß das öffentliche Interesse nicht länger den Anforderungen der Politik unterworfen ist. Die individuelle Freiheit, durch eine Gesammtheit von Maßregeln garantirt, deren erste die Abschaffung des allgemeinen Sicherheitsgesetzes sein soll. Dieses sind die Hauptbedingungen einer Politik, welche sich auf die Principien von 1789 stützt. Dieses ist die Reform, welche das moralische Interesse des Landes, seine Würde, die Entwicklung seiner Thätigkeit und seines Reichthums dringend fordern, und welche nicht länger hinausgeschoben werden kann, ohne daß Frankreich in einen, den anderen Nationen gegenüber, untergeordneten Zustand gebracht wird.

Zu § 4. Nachdem die Regierung bei dem Papste alle Ueberredungsmittel erschöpft hat, möge sie endlich aus einer für alle Interessen tödtlichen Zweideutigkeit heraustreten, ihre Politik offen erklären, und dem gerechten Wunsche der italienischen Bevölkerung kein Hinderniß mehr in den Weg legen. Die für unsere Finanzen so lästige Occupation von Rom kann nicht länger fortdauern.

Zu § 5. Frankreich möge in dem Bürgerkriege, welcher die Republik der Vereinigten Staaten von Amerika verwüstet, nicht interveniren; aber es erkläre laut, daß seine Sympathien den Nordstaaten, den Vertheidigern des Rechts und der Humanität, erhalten bleiben. Es hofft, daß ihr Sieg die Abschaffung der Sclaverei herbeiführen, und auf diese Weise wieder einmal bewiesen wird, daß die ernstesten Krisen den Völkern, welche die Demokratie nicht von der Freiheit trennen, nicht unheilvoll zu werden vermögen.

Zu § 6. Wir sehen mit Bedauern den Beginn der mexicanischen Expedition. Ihr Zweck ist allem Anscheine nach der, in die inneren Angelegenheiten eines Volkes sich einzumischen; wir fordern die Regierung auf, nur die Genugthuung für unsere Beschwerden im Auge zu haben.

Zu § 7, 8 und 9. Das Publikum hat sich gerechter Weise über die Ziffer der schwebenden Schuld und über die Offenbarungen, welche ihm über die wahre Lage unserer Finanzen gemacht wurden, beunruhigt. Der Grund der Decouverts lag in der Unmöglichkeit des gesetzgebenden Körpers, den außerordentlichen und supplementarischen Ausgaben Einhalt zu thun. Eine Modification des finanziellen Mechanismus wird ein ungenügendes Hilfsmittel sein, wenn man nicht gleichzeitig den Weg einer fortschreitenden und permanenten Reducirung der öffentlichen Ausgaben betritt. Es ist bedauerlich, daß die Regierung die Einführung neuer Steuern vorzieht, deren Gewicht hauptsächlich von der arbeitenden Bevölkerung getragen werden wird.

Zu § 10. Paris und Lyon erwarten fortwährend einen gewählten Municipalrath. Es läßt sich nicht leugnen, daß das Steigen der Miethpreise, die gedrückte Lage so vieler Familien und die großen Schwierigkeiten, welche sich aus den Handels-, Industrie und Geldkrisen ergeben, die Unvorsichtigkeit und die Verwegenheit der durch keine Wahl bestätigten Administration zur Haupturſache haben.

Außer obigen Amendements ist von den Herren Königswarter, Severin Abbatucci, Taillefer, Jubinal, Dusolier und Belmontet noch ein Amendement zu § 4 — Rom betreffend — eingebracht worden. Dasselbe lautet, wie folgt:

Ew. Majestät hat richtig gehandelt, indem sie das Königreich Italien anerkannte. Frankreich konnte nicht so viel Leute und so viel Geld geopfert haben, um hernach das politische Resultat seiner Siege gefährden zu lassen. Frankreich ist katholisch und liberal; es will, daß das Oberhaupt seiner Religion unabhängig und verehrt sei; aber es begünstigt immer die wahre Freiheit, so wie den moralischen und materiellen Fortschritt der Bevölkerungen. Es läßt den Anstrengungen Ew. Majestät, welche dahin gehen, zwei Ursachen, deren Antagonismus überall die Gemüther und die Gewissen beunruhigt, zu versöhnen, Gerechtigkeit widerfahren, und der gesetzgebende Körper erkennt in diesen Anstrengungen, Sire, Ihre hohe und beständige Sorge für die großen Interessen des Landes, die unter dieser Ungewißheit leiden. Angesichts der wiederholten und peremptorischen Weigerungen des römischen Hofes, sich, sei es jetzt oder in Zukunft, zu irgend einer Transaction herzugeben, sieht der gesetzgebende Körper den Augenblick herankommen, wo Frankreich endlich einen Entschluß fassen soll, und im Vertrauen auf die Klugheit und die loyalen Absichten Ew. Majestät versichert er Sie zum voraus, Sire, seiner festen und patriotischen Mitwirkung.

---

†† **Breslau**, 10. März. Gestern Nachmittag hatte Herr Brauereibesitzer Lummert das Unglück, den Arm an zwei Stellen zu brechen; nur durch die schleunigste Hilfe des Herrn Medizinalraths Prof. Dr. Middeldorpf wurde einer Verblutung vorgebeugt, da die zerbrochene Knoche das Fleisch und die Adern durchstoßen hatte.

Breslau, 10. März. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Altbüsserstr. Nr. 22 ein Paar goldene, mit Steinchen besetzte Ohrbommeln, ein goldener, mit Granaten verzierter Fingerring, ein Halsband von rothen Corallen mit goldenem Schloß, eine vergoldete Broche, ein grauer Düffelmantel, ein schwarzseidener Frauenrock, ein grauwollenes Frauenkleid mit blauen Atlasstreifen, ein brauner Tuchrock mit schwarzem Kamelot gefuttert, ein schwarzbrauner Düffelrock mit Sammtkragen und schwarz und weiß gemustertem Parchentfutter, ein Paar schwarze Tuchhosen, ein Oberbett und mehrere Paar Strümpfe; von einem Seitenaltar in der Matthiaskirche ein Kreuz von Kupfer; neue Junkernstraße Nr. 19 ein grün und schwarz gestreiftes wollenes Frauenkleid mit Sammet-Einfassung und eine blaue Küchenschürze; Klosterstraße Nr. 60 eine weiße wollene Pferdedecke und ein grauer Decken-Gurt; Ketzerberg Nr. 21 ein schwarz und weiß gestreifter Gurtrock, eine schwarze Zeugjacke und eine schwarz kattunene Schürze; zu Gräbschen ein langer Düffelrock, ein Paar Beinkleider, ein grauer Tuchrock, eine Weste und ein Paar Halbstiefeln; Ufergasse Nr. 20a. zwei Oberhemde, zwei Nachthemden, ein Frauenhemde und zwei Schürzen; Schuhbrücke Nr. 53 eine silberne Kapseluhr.

Gefunden wurde: ein schwarz und weiß karrirtes wollnes Umschlagetuch.

Im Laufe der verflossenen Woche sind hierorts excl. 3 todtgeborener Kinder, und einer angeschwemmten ungekannten männlichen Leiche, 44 männliche und 27 weibliche, zusammen 71 Personen als hierorts gestorben polizeilich gemeldet worden. — Hiervon starben: Im Allgemeinen Kranken-Hospital 9, im Hospital der barmherzigen Brüder 4 Person, und im Hospital der Elisabetinerinnen 1 und in der Gefangenen-Kranken-Anstalt — Person. (Pol.-Bl.)

△ [Berichtigung.] In dem Bericht der gestrigen Zeitung über die Sitzung des kaufmännischen Vereins, ist in Nr. 8 irrthümlich „Breslauer Comite des Nationalvereins" erwähnt; es soll anstatt dessen heißen: „Breslauer Mitglieder des Nationalvereins."

Glogau, 9. März. Der hier erscheinende „Niederschl. Anzeiger" sagt über die Flucht der Lieutenants v. Sobbe und Putzki: „Die Haft, in der sie sich befanden, soll eine sehr milde gewesen sein; es war ihnen gestattet, täglich in Begleitung eines Offiziers auf den öffentlichen Promenaden sich ergehen zu dürfen, auch sollen sie sich in ihrem Zimmer nicht hinter Schloß und Riegel befunden haben. Wie man uns versichert, haben die beiden Lieutenants ihr Ehrenwort gegeben, nicht zu entfliehen u. s. w., und nur dieser eingegangenen Verpflichtung dürften sie die milde Handhabung der Haft und vielleicht auch die Gelegenheit zur Flucht zu danken gehabt haben. Ueber die Flucht selbst ist keine Spur vorhanden, eben so auch nicht über die Richtung, die sie eingeschlagen haben; es steht nur das Eine fest, daß als am Donnerstage Nachmittag gegen 3 Uhr ein Offizier sie zu einem Spaziergange abholen wollte, das Zimmer — leer war. Seit dieser Flucht circuliren in der Stadt die sonderbarsten Gerüchte über die Art derselben, welche zu widerlegen wir uns nicht berufen halten."

Breslauer Sternwarte.

8. März 10 U. Abds.	27 8,88	+3,2	SO. 1.	Heiter.
9. März 6 U. Morg.	27 8,48	0,0	SO. 2.	Heiter.
2 Uhr Nachm.	27 8,76	+7,9	SO. 1.	Heiter.
10 U. Abds.	27 9,40	+4,0	SO. 1.	Heiter.
10. März 6 U. Morg.	27 9,77	+0,8	SO. 1.	Heiter.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 8. März, Nachm. 3 Uhr — Min. Die 3proz. begann mit 70, 20, fiel auf 69, 90 und schloß bei geringen Umsätzen in träger Haltung zu diesem Course. Consols von Mittags 12 Uhr waren 93½ eingetroffen. Schluß-Course: 3proz. Rente 69, 90. 4½prz. Rente 98, 15. 3prz. Spanier 48. 1prz. Spanier 42½. Silber-Anleihe —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 503. Credit-mobilier-Aktien 762. Lomb. Eisenb.-Aktien 543. Oesterreich. Credit-Aktien —.

London, 8. März, Nachm. 3 Uhr. Consols 93⅜. 1prz. Spanier 43. Mexikaner 34¼. Sardinier 81. 5prz. Russen 98½. 4½proz. Russen 93. — Der Dampfer „City of Baltimore" ist mit beschädigter Maschine in Holyhead angekommen.

Wien, 8. März, Mittags 12 Uhr 30 Min. Sehr beliebt. 5proz. Metall. 70, 50. 4½proz. Metall. 61, 75. Bank-Aktien 827. Nordbahn 215, 20. 1854er Loose —, —. National-Anleihe 84, 20. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 275, 50 Creditaktien 199, 90. London 137, 70. Hamburg 103, —. Paris 54, 55. Gold —, —. Silber —, —. Elisabetbahn 156, —. Lomb. Eisenbahn 272, —. Neue Loose 129, 80. 1860er Loose 93, —.

Frankfurt a. M., 8. März Nachm. 2 Uhr 30 Min. Günstigere Stimmung für österreichische Effekten. Schluß-Course: Ludwigshafen-Bexbach 130½. Wiener Wechsel 85⅛. Darmstädter Bank-Aktien 203½. Darmstädter Zettelbank 249. 5proz. Metall. 49¾. 4½proz. Met. 43⅜. 1854er Loose 64¼. Oesterr. National-Anleihe 59½. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 233. Oesterr. Bank-Antheile 705. Oesterr. Credit-Aktien 170 Neueste österr. Anleihe 67⅛. Oest. Elisabetbahn 112½. Rhein-Nahe-Bahn 26⅝. Mainz-Ludwigsh. Litt. A. 117⅜.

Hamburg, 8. März, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Schwaches Geschäft. Schluß-Course: National-Anleihe 60½. Oesterr. Credit-Aktien 72. Vereinsbank 101¾. Norddeutsche Bank 94¾. Rheinische 91¾. Nordbahn 58. Disconto —. Wien —. Petersburg —.

Hamburg, 8. März. [Getreidemarkt.] Weizen loco ohne besonderes Leben, ab auswärts unverändert, Roggen loco unverändert; ab Königsberg pr. Frühjahr fester, 86—87 möglicherweise zu machen. Oel pr. Mai 28⅛, pr. Okt. 26¾. Kaffee bleibt lebhaft, 6—7000 Sack diverse Domingos mit 7½ bez. Zink ohne Geschäft.

Liverpool, 8. März. [Baumwolle.] 8,000 Ballen Umsatz. — Preise unregelmäßig, jedoch besser.

Berlin, 8. März. Die Börse war heute ausschließlich mit der inneren constitutionellen Krisis beschäftigt, die aus der jüngsten Abstimmung des Abgeordnetenhauses hervorgegangen ist. Eine starke Verkaufslust, welche, da pariser und wiener Course besser lauteten, ausschließlich ihren Impuls aus diesen Verhältnissen erhalten haben kann, trat von vorn herein auf, gab aber dem Geschäft, da sich durch die nachgebende Haltung der Besitzer angeregt, Käufer zeigten, eine lebhafte Färbung. Es wurden namentlich in manchen schweren Eisenbahnactien und in Staatsanleihen nicht unbeträchtliche Umsätze gemacht, doch nicht so bedeutende, daß das zum Angebot gelangte Material dadurch absorbirt worden wäre. Die gute Haltung der österreichischen Papiere, von welchen überdies Franzosen und die Obligationen der 1860er Anleihe in großen Summen gehandelt wurden, stützten übrigens die Börse im Allgemeinen und schränkten die Flauheit in verhältnißmäßig enge Grenzen ein. Auch Eisenbahn-Prioritäten, die vielmehr noch am Markt vermißt wurden, und Pfand- und Rentenbriefe empfanden wenig von der flauen Stimmung der mehr fluctuirenden Effectengattungen, daher denn auch nur bei den Eisenbahn- und einigen Creditactien Coursherabsetzungen von Bedeutung zu notiren sind. Der Geldmarkt erhält sich flüssig, mit 2¼ % ist Geld für feinste Briefe angeboten. (B.- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 8. März 1862.

Fonds- und Geldcourse.

	Freiw. Staats-Anleihe	4½	101½ bz.
	Staats-Anl. von 1850, 52, 54, 55, 56, 57	4½	102 à 101¾ bz.
	dito 1853	4	100¾ B.
	dito 1859	5	108 bz.
	Staats-Schuld-Sch.	3½	90¾ bz.
	Präm.-Anl. von 1855	3½	121 bz.
	Berliner Stadt-Obl.	4½	103 B.
Pfandbriefe	Kur- u. Neumärk.	3½	93¼ bz.
	dito dito	4	101 bz.
	Pommersche	3½	91⅞ bz.
	dito neue	4	101 B
	Posensche	4	103½ G.
	dito	3½	98 B
	dito neue	4	97½ bz.
	Schlesische	3½	93⅛ B.
Rentenbriefe	Kur- u. Neumärk.	4	99¾ bz.
	Pommersche	4	99⅞ bz.
	Posensche	4	98⅛ bz.
	Preussische	4	98¾ bz.
	Westf. u. Rhein.	4	99 B.
	Sächsische	4	100 B
	Schlesische	4	99⅝ G
	Louisdor	—	109¾ bz.
	Goldkronen	—	9. 6⅝ bz.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall.	5	51¾ B.
dito 54er Pr.-Anl.	4	66¼ B.
dito neue 100-fl.-L.	—	63¼ bz.u G.
dito Nat.-Anleihe	5	61 bz.
dito Bankn.u.Whr.	—	73 bz.
Russ.-engl. Anleihe	5	99 bz.
dito 5. Anleihe	5	84½ bz.
dito poln. Sch.-Obl.	4	80½ G.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	84¾ B.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	92 G.
dito à 300 Fl.	5	94¾ G.
dito à 200 Fl.	—	23½ G.
Poln. Banknoten	—	84⅛ G.
Kurhess. 40 Thlr.	—	56 G.
Baden 35 Fl.	—	31 G.

Actien-Course.

	Div. 1860	Z.-F.	
Aach.-Düsseld.	3½	3½	88 bz.
Aach.-Mastricht.	—	4	23 bz.
Amst.-Rotterdam	5	4	80¾ i. P. bz.
Berg.-Märkische	5½	4	104½à104à104¼ b.
Berlin-Anhalter	8½	4	135 bz.
Berlin-Hamburg.	6¾	4	115½ G.
Berl.-Potsd.-Mgd.	9	4	157 bz.
Berlin-Stettiner	6⅔	4	125 bz.
Breslau-Freibrg.	5½	4	119½ à 119 bz.
Cöln-Mindener	10½	3½	166½ à 166 bz
Franz.St.-Eisenb.	7½	5	123 bz u.G
Ludw.-Bexbach.	9	4	130⅜ bz.u.B.
Magd.-Halberst.	18½	4	266 G.
Magd.-Wittenbrg.	2	4	45 bz
Mainz-Ludw. A.	5¾	4	116¾ à ⅛ bz.
Mecklenburger	2¼	4	53¾ à ¼ bz.
Münster-Hammer	4	4	98½ G.
Neisse-Brieger	2½	4	67 bz.
Niederschles.	4	4	98½ bz.
N.-Schl.-Zweigb.	½	4	55 B.
Nordb. (Fr.-W.)	2¼	4	58¾ à 58 bz.
dito Prior.	—	4½	102 G.
Oberschles. A.	7 7/12	3½	138½à137½à138 b.
Oberschles. B.	7 7/12	3½	122 bz.
dito C.	7 7/12	3½	138⅛à137½à138 b.
dito Prior A.	—	4	— — —
dito Prior B.	—	3½	88¾ bz.
dito Prior C.	—	4	97 G.
dito Prior D.	—	4	97 G.
dito Prior E.	—	3½	87 bz.
dito Prior F.	—	4½	— — —
Oppeln-Tarnow.	½	4	39½ B
Prinz-W. (St.-V.)	2	4	57½ bz.
Rheinische	4½	4	92 bz.
dito (St.) Pr.	—	4	98¾ G.
dito Prior.	—	4	— — —
dito III. Em.	—	4½	98¾ bz.
Rhein-Nahebahn	—	4	26 à 25¾ bz.
Ruhrort-Crefeld.	3½	3½	94 B
Starg.-Posener	3½	3½	93¾ bz.
Thüringer	6½	4	113¼ B.
Wilhelms-Bahn	—	4	46½ à 47 bz.
dito Prior.	—	4	— — —
dito III. Em.	—	4½	— — —
dito Prior St.	—	4½	— — —
dito dito	—	5	— — —

Preuss. und ausl. Bank-Actien.

	Div. 1860	Z.-F.	
Berl. K.-Verein	5	4	115 bz.
Berl.-Hand.-Ges.	5¼	4	85¼ bz.
Berl. W.-Cred. G.	—	5	— — —
Braunschw.Bank	4	4	78¼ G.
Bremer "	5	4	103¼ B.
Coburg. Credit-A.	—	4	67½ bz.
Darmst. Zettel-B.	7⅔	4	100 G.
Darmst.Credb.-A.	4	4	81¼ bz.
Dess. Creditb.-A.	—	4	7⅜ à 7 bz.
Disc.-Cm.-Anthl.	5½	4	90⅛ bz.u G.
Genf. Creditb.-A.	2	4	41⅝ à 41 bz.
Geraer Bank	4	4	79½ etw. bz.u G.
Hamb. Nrd. Bank	4	4	93¼ B.
" Ver. "	4 1/7	4	101 G
Hannov. "	5¼	4	96 Klgkt. bz.
Leipziger "	3	4	70 bz.u.G.
Luxembrg. "	7½	4	96 bz
Magd. Priv. "	3⅝	4	87½ G.
Mein.-Creditb.-A.	5	4	84½ bz u.B.
Minerva-Bwg.-A.	—	5	24 bz.u.G.
Oester. Crdtb.-A.	5	5	72⅝ à ⅝ à ¾ bz.
Pos. Prov.-Bank	5 1/12	4	94¾ B.
Preuss. B.-Antheil	5½	4½	121 B.
Schl. Bank-Ver.	5	4	95½ bz.
Thüringer Bank	2½	4	57 B.
Weimar. Bank	4	4	79½ etw. bz.

Wechsel-Course.

Amsterdam	10 T.	142¾ bz.
dito	2 M.	142⅛ bz.
Hamburg	8. T.	151⅛ bz.
dito	2 M.	150⅜ bz.
London	3 M.	6. 21⅛ bz.
Paris	2 M.	79⅝ bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	72⅞ bz.
dito	2 M.	72⅜ bz.
Augsburg	2 M.	56. 26 G.
Leipzig	8 T.	99⅚ G.
dito	2 M.	99⅓ G.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 28 G.
Petersburg	3 W.	93 bz. 3 M. 92⅛ G.
Warschau	8 T.	84¼ bz.
Bremen	8 T.	110 bz.

Berlin, 8. März. Weizen loco 65—82 Thlr., feiner weißer bromberger 81 Thlr. ab Bahn, dito schlesischer 81 Thlr. frei Bahn, feiner gelber schlesischer 79⅓—½ Thlr. ab Bahn bez. — Roggen loco 77—78pfd. 52½ Thlr. ab Boden, 52¾ Thlr. frei Haus bez., 81—83pfd. 53—¼ Thlr. ab Bahn und Boden bez., schwimmend 2 Ladungen 80—81pfd. 51⅝ Thlr, bez., März 51½—¾ Thlr. bez. und Br., ⅝ Thlr. Gld., Frühjahr 50½—¾—⅝ Thlr. bez. und Gld., ¾ Thlr. Br., Mai-Juni 50½—¾—⅝ Thlr. bez. und Gld., ¾ Thlr. Br., Juni-Juli 50½—⅞—¾ Thlr. bez., Juli-Aug. 50½—¾ Thlr. bez. — Gerste, große und kleine, 35—38 Thlr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 23—25 Thlr., feiner gelber sächsischer 24⅜—⅝ Thlr. ab Bahn bez., Lieferung pr. März 23½ Thlr. Br., März-April dito, Frühjahr 23½ Thlr. bez., Mai-Juni 24 Thlr. Br. und Gld., Juni-Juli 24½ Thlr. Br., Juli-Aug. 24¾ Thlr. bez. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 46—57 Thlr. — Rüböl loco 13 1/12 Thlr. bez., März und März-April 13 Thlr. bez., April-Mai 13 1/24—1/12 Thlr. bez., Br. und Gld., Mai-Juni dito, Juni-Juli 13⅛ Thlr. Br., 13 1/12 Thlr. Gld., Septbr.-Oktbr. 12⅞—23/24 Thlr. bez. — Leinöl, loco 12⅚ Thlr., Lieferung 12⅙ Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 17⅓ Thlr. bez., März und März-April 17 11/24—½ Thlr. bez. und Br., 5/12 Thlr. Gld., April-Mai 17⅔—⅝ Thlr. bez. und Gld., ⅔ Thlr. Br., Mai-Juni 17⅞—⅚ Thlr. bez., Br. und

Weizen behauptet. Roggen disponible war besonders in feiner Waare wenig offerirt und genügte kaum der Nachfrage, deshalb der Umsatz nur schwach. Termine eröffneten fest, stellten sich im Verlaufe etwas höher. — Hafer ohne Aenderung. Rüböl erfuhr keine wesentliche Aenderung in den Preisen und gewann der Verkehr keine große Ausdehnung. Herbsttermine gefragt. Spiritus eröffnete fest und wurden für alle Sichten im Laufe des Marktes höhere Preise angelegt, Schluß ruhiger. Gekündigt 10,000 Quart.

\# **Breslau,** 10. März. Wind: Süd-Ost. Wetter: sehr schön. Thermometer Früh 3° Wärme. Die Stimmung für Getreide blieb am heutigen Markt sehr matt und konnten sich Preise nicht behaupten.

Weizen wenig beachtet und nur bei billigen Forderungen verkäuflich; pr. 85pfd. weißer 75—88 Sgr., gelber 75—87 Sgr. — Roggen matt; pr. 84pfd. 54—56—59 Sgr., feinster 60—61 Sgr. — Gerste unverändert matt; pr. 70pfd. weiße 38—39 Sgr., gelbe 36—37 Sgr. — Hafer fest; pr. 50pfd. schlesischer 25—27 Sgr. — Erbsen unbeachtet. — Wicken fehlen. — Bohnen geschäftslos. — Oelsaaten ohne Angebot. — Schlaglein gefragt, ohne Angebot.

	Sgr.pr.Schff.		Sgr.pr.Schff.
Weißer Weizen	75—83—89	Wicken	42—46—49
Gelber Weizen	75—82—88	Bohnen	58—64—68
Roggen	55—59—62		Sgr.pr.Sack à 150 Pfd. Brutto.
Gerste	35—38—40	Schlagleinsaat	165—180—210
Hafer	22—24—28	Winterraps	200—215—230
Erbsen	45—52—57	Sommerrübsen	160—170—186

Kleesaat, rothe in feinster Waare gefragt, abfallende Qualitäten wenig beachtet, weiße sehr matt; rothe 6—9—11—12—13 Thlr., weiße 10—13 bis 15—19—21 Thlr.

Thymothee ohne Geschäft, 7—8½ Thlr. pr. Ctr. — Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 23—28 Sgr., pr. Metze —.

Theater-Repertoire.

Montag, 10. März. (Gewöhnl. Preise.) Zum 18. Male: **„Margarethe."** (Faust.) Große Oper in 4 Akten, nach Göthe von J. Barbier und M. Carré. Musik von Gounod.

Dinstag, den 11. März. (Gewöhnl. Preise.) **Zum Benefiz für Fräul. Gabriele Genelli.** Zum ersten Male: **„Ein weißes Blatt."** Schauspiel in 5 Akten von Carl Gutzkow.

Verantwortlicher Redakteur: R. Bürkner in Breslau.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.